

**Quelle: Die Zeit**

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

# Wolfsburger Wärmestube

## Was verbindet VW und die Republik? Ein System, das dem Wandel trotzt Josef Joffe

Schmiergeld, Unterschleif, Prostitution - ein scheinbar herrlicher Sommerskandal hat sich bei VW aufgetan. Im ersten Akt haben zwei Manager und der Betriebsratschef die Bühne geräumt. Der zweite Akt: Schulduweisungen und Verschwörungstheorien. Dunkle »Kräfte«, so der neue Betriebsratschef, wollten »die Arbeitnehmervertretung schwächen«. Der dritte Akt: Es werden andere gehen müssen, womöglich auch der Held aus einem größeren Drama - der VW-Vorstand Peter Hartz, dessen Name auf ewig mit dem Umbau des deutschen Sozialstaates verbunden sein wird.

Schluss, Vorhang und miese Kritiken? Hören wir uns erst den Chor an, der im klassischen Theater das Sinnfällige deklamiert: Der Niedergang des Hauses VW geht einher mit dem Ende einer politischen Ära, die Krise des Konzerns zeigt auch den Widerwillen eines ganzen Landes, sich dem Wandel zu stellen. Wie VW hatte sich auch Deutschland in einem hübsch umzäunten Garten eingerichtet. Wer musste sich um Kosten kümmern, wenn man mit »Premium«-Modellen Premium-Preise verlangen konnte? Der Profit wuchs, die Verteilungsmasse auch - im Konzern wie im Land. Vorbei. Die »Billigheimer« bauen heute genauso gute, gar bessere Autos, und in Asien wie Osteuropa fordern die Arbeiter dafür nur einen Bruchteil des Lohnes. Folglich fehlt im Drama VW/Deutschland noch der kathartische Kraftakt, der nicht nur das Personal, sondern auch die

Bühne umkrepeln müsste: ein System, das einst die Stärken des deutschen Sozialkapitalismus verkörperte, nun aber dessen Gebrechen dramatisiert.

VW, das Schmuckstück des westdeutschen Wirtschaftswunders, ist zum Lehrbeispiel verkommen. Schuld tragen nicht die Betriebsräte und Bosse - das sind bloß die mittelgroßen Fische. Der Hauptschuldige ist ein System, das zweierlei verhindert hat: Durchblick und Aufsicht auf der einen, die rasche Anpassung an den Weltmarkt auf der anderen Seite. VW siecht seit Jahren, 2004 schrieb das Stammhaus gar rote Zahlen. Der Chor fügt hinzu: Auch Deutschland hat seine Wachstumskraft verloren - seit zwanzig Jahren.

Aufsicht: Kapital, Staat und Betriebsrat haben sich nicht gegenseitig kontrolliert, sondern arrangiert. Der Sündenfall ist das »VW-Gesetz«, das die Firma weitgehend den Kräften des Marktes entzogen hat. Bis 1961 war der Käfer-Konzern Staatseigentum. Noch heute hält das Land Niedersachsen 20 Prozent der Aktien, und das Gesetz bestimmt: Kein Aktionär darf mehr als ein Fünftel der Stimmrechte raffen. Die Folge: Land und Arbeitnehmer können nicht majorisiert werden. Übernahme und Aktionärsrevolte sind unmöglich, egal, wie mager der Börsenwert inzwischen ist.

In einem solchen Schutzraum wächst naturgemäß die Macht des Betriebsrates. Man kabbelt sich,

aber man kennt sich. Es herrscht, so der Ökonom Herbert Giersch, der Korporatismus: »die Solidarität derer, die sich gegenseitig kennen, und dies auf Märkten, die gegen anonyme Außenseiter und Aufsteiger geschützt sind«. Auf Deutsch: Krähen hacken einander nicht die Augen aus.

Anpassung: Wo man sich einig ist, einigt man sich am schnellsten auf den Status quo. Oder gegen die »Außenseiter«, wie zum Beispiel die EU-Kommission, die das VW-Gesetz als Sünde wider den freien Kapitalverkehr (und den Wettbewerb) verdammt. Oder man dealt: Du kriegst das, ich das. Sanierung? Der Stellenabbau trafe den Betriebsrat ins Mark. Also Outsourcing nach Osteuropa, wo Niedriglöhne die Konzernbilanz zu schönen helfen. Der Ex-Vorstandschef kauft für Milliarden Luxusmarken wie Bentley? Der Betriebsrat nörgelt, aber nickt ab; schließlich will er sich den Kuhhandel von morgen nicht verderben. Und die Aktionäre haben so wenig zu sagen wie draußen im Land die Arbeitslosen, die unter dem Tariflohn arbeiten würden.

Der Chor mahnt: VW ist nur das schärfste Abbild der Krise, weil hier auch noch der Staat mitmischt, dem »Konkurrenz« ein Fremdwort ist. Logischerweise landen bei VW auch Abgeordnete auf der payroll. Die Linie zieht sich in der Tat rückwärts von Mannesmann bis zur Neuen Heimat. Die fette Kommission für den Mannesmann-Verkauf an Vodafone hatten der Großbanker und der IG-Metall-Chef abgesegnet.

## Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Unerschüttert bleibt auch das Kartell von Aufsichtsrats-, Vorstands- und Betriebsratschef bei Daimler, egal, wie laut die Aktionäre murren.

Dass in einem solchen System Unterschleif blüht, hat wenig mit Personen und alles mit der »VEB VW«, dem prächtigsten Fossil der »Deutschland AG« zu tun. Das zeigt eine lange Latte von »Unregelmäßigkeiten« mit einem gemeinsamen Nenner: persönliche Bereicherung auf Kosten des Konzerns. Wo der Trog voll und unbeaufsichtigt ist, lässt's sich gut saufen.

Schade nur, dass wahlkampfgemäß die Protagonisten schon in Stellung gegangen sind, um vom Kern des Problems abzulenken. So etwa IG-Metall-Chef Jürgen Peters (auch Mitglied im VW-Aufsichtsrat), der nicht nach Aufklärung ruft, sondern die CDU verdächtigt, die Affäre zu nutzen, um den VW-Personalvorstand Peter Hartz »öffentlich zu beschädigen«. Man hofft dabei, dass VW nicht nur den Sommer-Sumpf trockenlegt, sondern sich auch Regeln verpasst, die neue Sickergruben verhindern. So weise aber hat sich die Deutschland AG nicht gezeigt.

Vorstandsbezüge offen legen? Das schüre doch nur den Sozialneid. Also bekamen sie ein Gesetz, das ihnen mehr abzwingt, als sie freiwillig hätten leisten müssen. Ähnlich in den USA: Nach den großen Finanzskandalen (Enron et alii) wurde die Wirtschaft mit dem »Sarbanes-Oxley-Gesetz« geschlagen, das Aktiengesellschaften praktisch zu Mündern des Staates macht, und dies mit einem Verwaltungsaufwand von Abermillionen Dollar.

Solchen »amerikanischen Verhältnissen« wollen deutsche Unternehmer nicht einmal im Albtraum begegnen. Deshalb sollten sie sich sputen, allen voran VW. Auf staatlicher Seite sollte Christian Wulff den Anfang machen: Weg mit dem 20-Prozent-Anteil des Landes und dem VW-Gesetz, das den Konzern vor dem Markt schützt.

Aufsicht und Anpassung - das gilt auch für die Mitbestimmung, die seit ihrer Geburt 1951 erstaunlich gut funktioniert hat, doch vorweg als Konflikthemmer (weshalb die Vorstände das System auch so schätzen). Bloß sind Aufsichtsräte für die Aufsicht da, ganz gleich, ob sie Kapital oder Arbeit vertreten; um

sie zu ermuntern, ihre Pflichten zu ehren, könnten wir sehr wohl Teile der amerikanischen Corporate Governance übernehmen - etwa die Transparenzregeln und die persönliche Haftung von Vorständen und Aufsichtsräten. Wer mehr haftet, kungelt weniger.

Doch wenn VW Abbild ist, was wird aus einem Land, wo »die Solidarität derer, die sich gegenseitig kennen«, so lange die Zäune geflickt hat? Die Republik wird lernen müssen, mit mehr Konflikten fertig zu werden, als sie sich bisher zuzutrauen wagte - vor allem mit jenen, die dem lange aufgestauten Wandel entspringen. Denn trügerisch ist die Ruhe, welche die neuen linksrechten Populisten verheißen. VW wollte auch Ruhe, hat sogar mit »5000 mal 5000« kreative Lohnmodelle präsentiert, nun aber den Sturm geerntet. Beide, Republik wie Konzern, können es schaffen - so wie jene Bosse und Bürger, die 1945ff. nicht nur die brutalsten Umbrüche, sondern auch den GAU der Geschichte gemeistert haben.

Audio [www.zeit.de/audio](http://www.zeit.de/audio)